

Für mehr Ordnung und Sicherheit

Ranstadt, Ortenberg und Glauburg überwachen fließenden und ruhenden Verkehr gemeinsam / Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

KA
24.10.18

RANSTADT (asl). Glauburg, Ortenberg und Ranstadt gehen künftig gemeinsame Wege bei der Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs in ihren Kommunen. Eine entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung für den gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk haben die drei Bürgermeister jetzt im Ranstädter Rathaus unterschrieben. Die Gremien von Ortenberg, Glauburg und Ranstadt hatten die Zusammenführung im Vorfeld beschlossen. Die Vereinbarung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Glauburg und Ortenberg haben davor fast zehn Jahre in diesem Bereich zusammengearbeitet, während Ranstadt mit Reichelsheim, Wölfersheim, Niddatal und Florstadt einen gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk gebildet hatte. Mit der jetzigen Vereinbarung sei ein weiterer großer Schritt in Sachen interkommunale Zusammenarbeit getan worden, der angesichts der örtlichen Gegebenheiten Sinn mache, sagte Ulrike Pfeiffer-Pantring (Ortenberg).

Ranstadt stellt einen Hilfspolizisten für Glauburg und Ranstadt zur Besetzung des Fahrzeugs ein und qualifiziert diesen für eine „sachgerechte und rechtssichere Bedienung“. Die Stadt Ortenberg, die bereits zwei Stellen im Ordnungsamt besetzt hat, stellt das für den Dienstbetrieb notwendige Fahr-

zeug und eine Geschwindigkeitsmessanlage zur Verfügung.

Alle drei Kommunen werden gemeinsam eine neue Auswertungssoftware erwerben. Die Kosten sollen nach dem tatsächlichen Aufwand gegenseitig verrechnet werden. Die Auswertung, die Ermittlung und Verfolgung der jeweiligen Ordnungswidrigkeiten verbleibe bei den Ordnungsbehörden Ortenberg, Ranstadt und Glauburg in eigener Re-

gion und Verantwortung.

Glauburgs Bürgermeister Carsten Krätschmer klagte wie seine Ranstädter Kollegin Cäcilia Reichert-Dietzel und Pfeiffer-Pantring zugesparkte Straßen, sodass im Ernstfall für Rettungsdienst und Feuerwehrfahrzeuge kein Durchkommen sei. Ebenso kämen beispielsweise viele Bürger ihrer Pflicht nicht nach, Hecken zurückzuschneiden, sodass die Verkehrssicherheit nicht mehr

gegeben sei. Er beobachte einen „rücksichtslosen Egoismus“ nach dem Motto „Hier komme ich, hier parke ich, hier bleibe ich“, sagte Krätschmer und seine beiden Kolleginnen pflichteten ihm bei. Häufig käme es durch solche Situationen zu nachbarschaftlichen Streitereien. Dank mehr Personal könne auch in dieser Hinsicht die öffentliche Ordnung hergestellt werden.

„Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist unser Job“, hob Pfeiffer-Pantring hervor. Umso mehr sei es notwendig, mit ausgebildetem Personal auch den Bereich abzudecken, um zeitnah auf Beschwerden oder unabhängig davon reagieren zu können.

Baustellen und damit verbundene Umleitungen sorgten ebenfalls für ständigen Ärger. Umleitungen würden nicht eingehalten, was dann wieder die betroffenen Anwohner verärgere. Auch dem müsse Rechnung getragen werden, meinte Reichert-Dietzel. Gegen die ständigen Vorwürfe einer „Abzocke“ mit Blick auf fest installierte oder mobile Blitzer wehrte sie sich ebenso wie ihre Kollegen. „Seit wir Radamesungen machen, hatten wir in unserem Bereich keine Unfälle mehr mit Todesfolge“, so Pfeiffer-Pantring. Geschwindigkeitsmessanlagen könnten somit durchaus als präventive Maßnahme gesehen werden.



Cäcilia Reichert-Dietzel, Carsten Krätschmer und Ulrike Pfeiffer-Pantring (v.l.) unterschreiben die Vereinbarung für einen gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk. Mit dabei: Glauburgs Erster Beigeordneter Alfred Schäfer, Ortenbergs Erste Stadträtin Nina Bergmann und Bernd Stiebeling vom Fachbereich Ordnung in der Ranstädter Verwaltung
Foto: Schinzel

Wenn der Ersatzverkehr nicht kommt

Junge Union Wetterau kritisiert Hessische Landesbahn / „Öffentlicher Nahverkehr muss besser ausgebaut werden“

WETTERAUKREIS (red). „Es kann nicht sein, dass ein Unternehmen wie die Hessische Landesbahn erst Zugverbindungen streicht und die Pendler mit einem Schienenersatzverkehr vertröstet, um dann gar keine Busse fahren zu lassen.“ Mit diesen Worten kommentiert Patrick Appel, Kreisvorsitzender der Jungen Union Wetterau, in einer Pressemitteilung den Ausfall verschiedener Bahnlinien vor Ort.

Auf ihrer Facebook-Seite habe die Junge Union Pendler dazu aufgerufen, sich zu melden und ihre Erfahrungen mitzuteilen. „Diesem Aufruf sind viele gefolgt, leider konnten sehr viele keine guten Erfahrungen mit dem Schienenersatzverkehr weitergeben“, bilanziert Appel.

„Wir fordern die Verantwortlichen dazu auf, endlich für einen geregelten Ersatzverkehr zu sorgen und darüber hinaus den Pendlern ihre Tickets zu er-

statten.“ Neben den Berufspendlern seien viele Schüler sowie Studenten von den Ausfällen betroffen. „Während Menschen mit Führerschein noch auf



Jede Menge Zugausfälle: Valentin Schwarz, Johannes Schmidt und Patrick Appel (v.l.) am Bleichenbacher Bahnhof.
Foto: Appel

das Auto ausweichen können, sind alle anderen auf die Hilfe anderer angewiesen. Diese Fahrtkosten entstehen doppelt und dreifach. Während ein Monatsticket der Bahn nebenher läuft, müssen Eltern ihre Kinder zu anderen Bahnhöfen oder gar bis vor die Tür fahren und wieder abholen. Das ist nicht hilfreich“, findet der JU-Vorsitzende.

Der politischen Jugendorganisation ist laut Appel bewusst, dass der mangelnde Nachwuchs bei den Lokführern zu diesen Ausfällen führt. Daher sollten bestenfalls neue Anreize für junge Menschen geschaffen werden, dass diese den Beruf ergreifen.

„Wir brauchen künftig einen besser ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, um den ländlichen Raum weiterhin und verstärkt für Pendlerinnen und Pendler, sei es für Studium oder Beruf, attraktiv zu halten“, betont Appel abschließend.

„Kinder brauchen besondere Rechte“

Für Aufnahme in die hessische Verfassung / Aktion von Schülern und Verein / Volksabstimmung im Rahmen der Landtagswahl

SCHOTTEN (sw). Am kommenden Sonntag wird nicht nur der neue hessische Landtag gewählt. Integriert in den Urnengang sind auch Volksabstimmungen zu insgesamt 15 Gesetzen zur Änderung oder Ergänzung der hessischen Verfassung. Dabei geht es auch um die Stärkung der Kinderrechte.

Um auf den wichtigen Volksentscheid aufmerksam zu machen und um die Menschen aufzufordern, zur Wahl zu gehen, hatte am Dienstag die Schottener Ortsgruppe des Deutschen Kinderschutzbundes einen Informationsstand im Edeka-Markt aufgebaut. Verstärkung bekamen die Aktiven von den Schülerinnen und Schülern der Klasse 8bG der Vogelsbergschule mit ihrer Lehrerin Vera Pfanschilling. Die emsigen Jugendlichen sprachen Kunden des Marktes auf ihr Anliegen, die Stärkung der Kinderrechte, an und verteilten Flyer und weiteres Informationsmaterial des Kinderschutzbundes. Die Schüler beschränk-

ten sich dabei nicht nur auf den näheren Umkreis des Marktes, sondern gingen auch auf Passanten in der Schottener Innenstadt zu. „Viele haben sich sehr aufgeschlossen gegenüber unserem Anliegen gezeigt“, freute sich Marianne Zimmer, die Vorsitzende des Schottener Kinderschutzbundes. „Durch die neue Regelung in der Verfassung soll das Bewusstsein geschärft werden, dass Kinder eigene Grundrechte haben, die zu beachten sind“, betonte Zimmer. „Kinder sind besonders schutzbedürftig. Sie befinden sich noch im Entwicklungsstadium, sie brauchen Förderung und gezielte Angebote. Kinder sind neugierig auf die Welt um sie herum, sie wollen ihren Willen äußern und gehört werden“, so die Vorsitzende weiter. Kinder ernst zu nehmen sei die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. „Deshalb brauchen wir die Beteiligung der Kinder an allen sie betreffenden Entscheidungen.“ Außerdem bedeute eine

Stärkung der Kinderrechte auch stärkere Elternrechte.

Auch die Kinderrechtsbeauftragte der hessischen Landesregierung, Professor Katharina Gerarts, plädiert im Vorfeld des Volksentscheids für die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung. „Die UN-Kinderrechtskonvention zeigt deutlich: Kinder haben und brauchen besondere Rechte.“

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Schottener Kinderschutzbundgruppe eine Unterschriftenaktion für die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung gestartet. Damals waren mehr als 500 Unterschriften zusammengekommen, die an die Enquetekommission Verfassungskonvent geschickt wurden. Darüber hinaus hatten in den Vorjahren die Aktiven des Vereins zusammen mit den Schottener Schulen mit Demonstrationen immer wieder auf das wichtige Anliegen aufmerksam gemacht.

In einer Erläuterung zu dem Gesetz er-

klärt der hessische Landtag, es werde bekräftigt, dass Land und Kommunen verpflichtet sind, Kinder vor seelischer, geistiger und körperlicher Vernachlässigung, vor Misshandlung, Missbrauch, Gefährdungen und Gewalt zu schützen. Außerdem müssen Kinder in ihrer Entwicklung gefördert werden. Zukünftig müsste das Kindeswohl bei allen Kindern betreffenden Maßnahmen als ein wesentlicher Gesichtspunkt in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Außerdem müssten Kinder in allen sie betreffenden Angelegenheiten gehört werden. Der Wille des Kindes müsse angemessen und seinem Alter und seiner Reife entsprechend berücksichtigt werden.

Die Eltern hätten weiterhin das Recht und die Pflicht, für das Wohlergehen ihres Kindes zu sorgen, im Rahmen der Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsbezogenen Persönlichkeit.